

Die Forschungsstelle für Technikbewertung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Herbert Paschen

Vollständige bibliographische Angaben

Paschen, Herbert:

Die Forschungsstelle für Technikbewertung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. In: Petermann, Th. (Hrsg.): Technikfolgen-Abschätzung als Technikforschung und Politikberatung. Frankfurt u. a.: Campus 1992, S. 185-192 (Veröffentlichungen der Abteilung für Angewandte Systemanalyse (AFAS), Bd. 1)

Hinweis zur vorliegenden Kopie

Für die vorliegende elektronische Kopie wurde das Original eingescannt und mit OCR-Software (Optical Character Recognition) bearbeitet. Das angezeigte Seitenabbild entspricht unter Berücksichtigung der Qualitätseinbußen beim Scannen dem Buchlayout. Durch die OCR-Software wurde zusätzlich die Durchsuchbarkeit des Textes ermöglicht. Auf Grund einer gewissen Fehleranfälligkeit des Verfahrens kann keine Garantie gegeben werden, dass der so erzeugte Text hundert Prozent mit dem Originaltext identisch ist. Mit Fehlern muss gerechnet werden. Eine intellektuelle Kontrolle des OCR-Ergebnisses hat nicht stattgefunden. Wird Text aus dem Dokument kopiert, basiert der exportierte Text auf dem OCR-Ergebnis und kann deshalb ebenfalls Fehler enthalten.

Die Forschungsstelle für Technikbewertung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Herbert Paschen

Vorbemerkung

Nach längerer, stark von der Kontroverse um die Kernenergie beeinflusster öffentlicher Diskussion über die Notwendigkeit und die organisatorische Form einer zentralen österreichischen Institution für Technikfolgen-Abschätzung bzw. Technikbewertung wurde 1985 das *Institut für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung und Technikbewertung (ISET)* bei der österreichischen Akademie der Wissenschaften gegründet. Nur etwa zwei Jahre später, Anfang 1988, entstand die *"Forschungsstelle für Technikbewertung"* durch Ausgliederung aus dem ISET. Ihr Leiter wurde Professor Ernst Braun.

Für die Wahl der Akademie der Wissenschaften als Trägerorganisation für das ISET bzw. die Forschungsstelle für Technikbewertung waren vor allem folgende Gründe maßgebend¹:

- Man wollte eine *zentrale* Einrichtung für Technikbewertung und gab daher der Anbindung an die Akademie der Wissenschaften in ihrer Eigenschaft als "a unique central institution" (Ernst Braun) den Vorrang gegenüber der Anbindung beispielsweise an eine bestimmte Universität, weil eine solche Lösung möglicherweise den "Konkurrenzneid" anderer Universitäten erregt hätte.
- Man wollte die Angliederung an eine *politisch unabhängige Institution*, um die neue TA-Einrichtung nicht allzu stark den Wechselfällen der politischen Entwicklung oder den Ressortinteressen einzelner Ministerien auszusetzen².

- Man erhoffte sich offenbar von der *wissenschaftlichen Reputation der Akademie* positive Auswirkungen auf das Image der neuen Einrichtung und die Qualität ihrer Arbeit. Die Akademie der Wissenschaften verfügt bereits seit 1973 über eine kleine, auf dem Gebiet der Prognose und Folgenanalyse tätige Einrichtung, das Institut für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung³.

I. Organisation, Finanzierung und Aufgabenstellung der Forschungsstelle für Technikbewertung

Die Forschungsstelle ist ihrem Selbstverständnis zufolge die einzige offiziell mit der Aufgabe der Durchführung von "Technikbewertungsstudien" betraute Institution. Sie bezeichnet sich als politisch unabhängig und bestrebt, wissenschaftlich objektive TA-Studien durchzuführen.

Ihre Aufgaben sieht die Forschungsstelle in der wissenschaftlichen Politikberatung und der Bewertung von Technologien. Diesen Zielen will sie durch

- Frühwarnung bei auftretenden Problemen,
- Aufzählung wichtiger Fakten und Folgen,
- Herausfinden von Konsens und Meinungsverschiedenheiten,
- Zusammenfügen von Wissen, um politische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen,

gerecht werden.

Um die für die praktische Relevanz der zu behandelnden Fragestellungen und die Nutzbarmachung der Analyseergebnisse erforderliche Verbindung vor allem zum politischen Bereich sicherzustellen, wurde durch den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung ein "Rat für Technologieentwicklung" geschaffen. Diesem Rat, der 3-4 mal pro Jahr tagt, gehören hochrangige Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung und anderer Ministerien, der verschiedenen Fraktionen des Parlaments, der Wissenschaft, von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen etc. an. Den Vorsitz hat der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

Die Forschungsstelle für Technikbewertung verfügte 1990 über ein *Gesamtbudget* von ca. 6 Mio. ÖS (ca. 420.000 \$). Davon kommen als *Grundfinanzierung* 1,9 Mio. ÖS aus dem Bundesbudget und 0,6 Mio. ÖS aus dem allgemeinen Budget der Akademie, der Rest aus Projektaufträgen. Für 1991 lauten die Zahlen 6,6 Mio. Gesamtbudget bei einer Grundfinanzierung von insgesamt 2,6 Mio. ÖS.

Zu Beginn des Jahres 1991 waren 9 wissenschaftliche Mitarbeiter einschließlich des Leiters der Forschungsstelle aus verschiedenen Disziplinen beschäftigt.

Der *Tätigkeitsschwerpunkt* der Forschungsstelle für Technikbewertung lag zunächst auf dem Gebiet der *Telekommunikation*:

- Beteiligung am EG-Programm *RACE* (Research in Advanced Communications for Europe): Erforschung der Akzeptanz eines integrierten Breitbandkommunikationsnetzes bei den Konsumenten durch eine Studie 'Technikbewertung der Breitbandkommunikation'
(Finanzierung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und die österreichische Post- und Telegraphenverwaltung)
- Untersuchung der Folgen der Einführung integrierter Telekommunikationssysteme innerhalb von Betrieben (*LAN-Projekt: Lokale innerbetriebliche Kommunikationsnetze*)
(Finanzierung überwiegend durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung)

Weitere Projekte waren

- Legistische Folgen der neuen Telekommunikationstechniken
- 'Teleport'

Weitere Arbeitsschwerpunkte haben sich mittlerweile herausgebildet: 'Technikbewertung medizinischer Technologien', 'Technikbewertung umweltrelevanter Technologien' sowie ein Schwerpunkt 'Methodik: TA-Konzepte und verwandte Instrumente'.

Neben der Durchführung von TA-Studien obliegt der Forschungsstelle auch die Aufgabe, den Rat für Technologieentwicklung wissenschaftlich zu betreuen, ihn z.B. regelmäßig mit 'maßgeschneiderten' aktuellen Informationen aus den Bereichen Technikbewertung, Technologiepolitik und neue technische und naturwissenschaftliche Entwicklungen zu versorgen. Hierzu gibt die For-

schungsstelle seit Oktober 1988 ein Newsletter mit dem Titel "Technologie - Bewertung, Entwicklung, Politik" heraus.

II. Hauptprobleme der Forschungsstelle für Technikbewertung⁴

Das Haupthindernis für eine effektive Arbeit der Forschungsstelle ist nach wie vor die *absolut unzureichende Grundfinanzierung* in Verbindung mit der hohen Unsicherheit bei der Finanzierung über - meist relativ kleine - Aufträge (s. unten). Die Grundfinanzierung genügt bei weitem nicht, um einen ausreichend großen und qualifizierten Stamm fester Mitarbeiter aus verschiedenen Disziplinen aufzubauen, wie er für die systematische und kontinuierliche Programmplanung und Projektakquisition, die Leitung der Projekte und die Anleitung ad hoc engagierter Mitarbeiter, die Umsetzung der Projektergebnisse, den Aufbau eines "institutionellen Know-how" etc. unbedingt erforderlich wäre.

Die Unzulänglichkeit der Mittel- und Personalausstattung behindert auch die intensive und längerfristige Kooperation mit anderen wissenschaftlichen Instituten, die erfahrungsgemäß am ehesten und solidesten über die Vergabe von Unteraufträgen herstellbar ist⁶.

In der außerordentlich *schleppenden und komplizierten Behandlung von Projektanträgen* - vor allem, wenn sie an Ministerien gerichtet sind - selbst bei positiver Stellungnahme des Rates für Technologieentwicklung⁵ und relativ geringem Antragsvolumen liegt ein weiteres Hauptproblem der Forschungsstelle. Ein Antrag auf Förderung eines Projekts, das in die Zuständigkeitsbereiche *mehrerer Ministerien* fällt, ist ein nahezu aussichtsloses Unterfangen.

Angesichts der Geringfügigkeit der Grundfinanzierung der Forschungsstelle sind diese Hemmnisse bei der Finanzierung über Projekte besonders bedenklich.

Der Rat für Technologieentwicklung soll - der Idealvorstellung nach - Hinweise auf technische und technologiepolitische Probleme und Entwicklungen, die von bestimmten politischen oder anderen Akteuren in Österreich für analysebedürftig gehalten werden, aufgreifen und an die Forschungsstelle vermitteln. Er soll, soweit

erforderlich, den Zugang der Forschungsstelle zu den für ihre Arbeit relevanten Akteuren in verschiedenen Bereichen, vor allem im Bereich der Politik, ermöglichen bzw. erleichtern.

Offenbar hat der Rat bisher diese Erwartungen nicht im gewünschten Umfang erfüllt⁷. De facto sind von ihm noch keine Themen an die Forschungsstelle herangetragen worden. Auf der anderen Seite wurde für die Forschungsstelle der Zugang zu relevanten Akteuren durch den Rat zweifellos erleichtert.

III. Strategien der Forschungsstelle zur Verbesserung ihrer Situation

Im Zentrum der Bemühungen der Forschungsstelle um eine Verbesserung ihrer Lage steht der Versuch, die *Grundfinanzierung wesentlich zu erhöhen*. Die Abhängigkeit von projektbezogenen Mitteln soll reduziert werden; die Programmplanung soll - bei verstärkter Grundfinanzierung - im wesentlichen mit dem Rat für Technologieentwicklung und der Akademie abgestimmt werden.

Auf die *Erhöhung der Effektivität des* - bislang offenbar eher passiven - *Rats für Technologieentwicklung* zielt eine weitere Strategie der Forschungsstelle. Die potentielle Nützlichkeit des Rats wird hoch eingeschätzt. Daß in ihm neben Vertretern von Regierung und Parlament auch die Sozialpartner (die "zweite Macht im Staat") vertreten sind, verleiht dem Rat gerade im österreichischen System (potentiell) ein erhebliches Gewicht. Dieses Gewicht gilt es - nach Auffassung der Forschungsstelle - stärker ins Spiel zu bringen. Durch direkte Kontakte mit Ratsmitgliedern soll eine bessere Vorbereitung der Sitzungen erreicht werden.

Im Arbeitsübereinkommen der beiden österreichischen Großparteien - SPÖ und ÖVP - das die Grundlage der augenblicklichen Regierung darstellt - ist die Einrichtung einer "Enquete-Kommission für Forschung und Technologie" im Bereich des Parlaments vorgesehen. Mit Hilfe dieses neuen Instrumentes könnte es gelingen, die Technikbewertung in Österreich besser zu verankern.

Man hofft, über eine direkte Beteiligung an dieser Kommission wie auch über die Durchführung von Untersuchungen im Auftrag der Kommission an einer aktiveren Technologiepolitik mitwirken zu können.

Organisatorische Veränderungen, etwa die Anbindung an eine andere Träger-Einrichtung, wären nach Auffassung der Forschungsstelle angesichts der ohnehin erst kürzlich erfolgten Reorganisation wenig sinnvoll.

Angestrebt wird vielmehr ein besseres Funktionieren der jetzt erreichten institutionellen Lösung, die von der Forschungsstelle prinzipiell positiv beurteilt und offenbar auch von der Träger-Einrichtung, der Akademie der Wissenschaften, akzeptiert wird. Man hofft, daß das 'Umfeld' in Zukunft für die Forschungsstelle bzw. die Technikfolgen-Abschätzung generell günstiger wird.

IV. Schlußbemerkung

Die Forschungsstelle für Technikbewertung besteht erst seit Anfang 1988. Wenn sie sich auch mit einigen Arbeiten, vor allem im Telekommunikationsbereich, bereits eine gewisse Anerkennung verschafft und einen gewissen 'Wirkungsgrad' erreicht hat, so ist doch die bisherige Zeitspanne zu kurz, um in einem breiteren Umfeld relevanter Akteure durch interessante und anwendungsbezogene Untersuchungsergebnisse von hoher wissenschaftlicher Qualität ein größeres Maß an Bekanntheit und Reputation - und damit Unterstützung - gewinnen zu können.

Wie sind die Chancen zu beurteilen, daß nach einer 'Vorlaufphase' dieses Ziel erreicht werden kann und die Forschungsstelle für Technikbewertung sich langfristig als anerkannte TA-Einrichtung etabliert? Wenn es nicht gelingt, die beschriebenen Probleme der Forschungsstelle zu überwinden, insbesondere die Grundfinanzierung deutlich aufzustocken und den Stamm der festen Mitarbeiter erheblich zu vergrößern, dürften diese Chancen nicht günstig sein. Es wird auf die Bereitschaft des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung, der Akademie der Wissenschaften und anderer Stellen ankommen, den Teufelskreis 'unterkritische Größe/Schwierigkeit des Reputationsgewinns/mangelnde Förderung' durch Gewährung einer Art Vertrauensvorschuß zu durchbrechen.

Anmerkungen

- 1 Dimitz/Rakos 1987, S. 5
- 2 Es gibt in Österreich kein für Technologie und Technologiepolitik zentral zuständiges Ministerium.
- 3 Das ISET entstand durch Aufnahme einer "working group on Technology Assessment" in das Institut für sozio-ökonomische Entwicklungsforschung.
- 4 Die Ausführungen in diesem und dem folgenden Abschnitt beruhen vor allem auf Gesprächen mit dem Leiter der Forschungsstelle, Professor E. Braun, und einigen seiner Mitarbeiter.
- 5 Der Prozeß der Projektbewilligung beginnt im Prinzip mit der Vorstellung des Vorhabens vor dem Rat für Technologieentwicklung. Mit einer positiven Beurteilung bekundet der Rat, daß ein "öffentliches Interesse" an dem Vorhaben besteht. Es folgt dann die 'normale' Prozedur der Projektbewilligung, die z.B. bei Ministerien sehr langwierig sein kann.
- 6 Die Forschungsstelle soll zwar die *zentrale* Einrichtung für Technikbewertung sein, keineswegs aber ein Monopol auf diesem Gebiet haben. Es gibt in Österreich eine ganze Reihe anderer Einrichtungen, die sich mit Teilaspekten der Technikbewertung bzw. Technikfolgen-Abschätzung befassen (DIMITZ/RAKOS 1987). Nach Einschätzung der Forschungsstelle sind solche Einrichtungen zumeist nicht politisch unabhängig. Auch seien die meisten Institutionen zu klein, um umfassende, interdisziplinäre Studien durchzuführen.
- 7 Der Informationsfluß läuft derzeit wohl vorwiegend umgekehrt - von der Forschungsstelle zum Rat (vgl. Kapitel I).